Anlage 1

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

Antragssteller: ..... Antragsdatum: .....
Eingangsdatum: .....

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
Referat 34 SG 2
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Bezug: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionsmaßnahmen zur Unterstützung des Modellvorhabens „medienfit – Medienbildung und Medienentwicklungsplanung an Grundschulen im Land Brandenburg (2016–2018)“ im Rahmen der Implementation des Basiscurriculums Medienbildung (RL Medienbildung an Grundschulen)

1. Antragsteller:

Name/Bezeichnung des Schulträgers:	
Rechtsform:	
Anschrift (Straße/PLZ/Ort/Kreis):	
Ansprechpartner (Name, Telefon-Nr., Fax-Nr., E-Mail-Adresse):	
Gemeindekennziffer:	
Bankverbindung IBAN: BIC: Bezeichnung des Kreditinstituts:	
Landesplanerische Kennzeichnung:	

2. Maßnahme

Bezeichnung der Maßnahme mit Schulnummer und Schulname (ausführliche Maßnahmebeschreibung ggf. im Anhang):	
Angesprochener Zuwendungsbereich:	**RL Medienbildung an Grundschulen**
Art der Maßnahme (bauliche Maßnahme/Ausstattungsmaßnahme):	
Maßnahmeort:	
Vorgesehener Durchführungszeitraum:	von/bis (Monat/Jahr):

3. Gesamtkosten

3.1 Lt. beiliegender Kostenberechnung in Euro:	
3.2 Beantragte Zuwendung in Euro (Zuweisung/Zuschuss):	

4. Finanzierungsplan – in Euro –

		Kassenwirksamkeit		
	Gesamt-kosten	2017	2018	2019 u. folgend.
1	2	3	4	5
4.1 Gesamtkosten				
4.2 Eigenanteil				
4.3 Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung)				
4.4 Beantragte/bewilligte öffentl. Förderung Dritter durch ..... (ohne Nr. 4.3 und 4.5.)				
4.5 Beantragte Zuwendung (Zuweisung/Zuschuss) (= Nr. 3.2)				

5. Beantragte Zuwendung/Förderung

Zuwendungsbereich	Zuweisung/Zuschuss Euro	V. H. d. Gesamtkosten
1	2	3
Summe: (= Nr. 4.5)		

6. Begründung

6.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme
(*Allgemein:* Z. B. Schüler- und Klassenentwicklung (Standortsicherheit), Konzeption zur langfristigen Entwicklung und Nutzung (Nachhaltigkeit), Zusammenhang mit anderen Maßnahmen im gleichen Aufgabenbereich im Jahr der Durchführung bzw. in den Vor- bzw. Folgejahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen u. a. m., konzeptionelle Begründung der Maßnahme, Ausführungen zur Passung der Ausstattung zum pädagogischen Medienbildungskonzept und zum Fortbildungskonzept im Bereich Medienbildung)

– ggf. ausführliche Darstellung als Anlage –

6.2. Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung
(Vorhandene Eigenmittel, Haushaltssituation des Antragsstellers, evtl. Förderung durch Dritte, Förderhöhe, besonderes Landesinteresse an der Maßnahme, Versorgungsfunktion, alternative Finanzierungs- oder Fördermöglichkeiten)

7. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

(Tragbarkeit der Folgekosten – jährliche Betriebs- und Nutzungskosten u. a. m.)

8. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

8.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten;

8.2 er im Rahmen dieser Maßnahme zum Vorsteuerabzug (nicht) berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer);

8.3 die geplanten Maßnahmen nicht bereits aus anderen Mitteln gefördert werden;

8.4 die in diesem Antrag (**einschl. der Antragsunterlagen und Anlagen**) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

9. Anlagen

- ☐ Medienbildungskonzept einschließlich Erstentwurf eines schulinternen Curriculums
- ☐ auf die Implementierung des Basiscurriculums Medienbildung bezogene Fortbildungsplanung für das jeweils laufende Schuljahr
- ☐ zwischen Schule und Schulträger abgestimmter Medienentwicklungsplan zur Optimierung der technischen Ausstattung der Schule
- ☐ Schulkonferenzbeschluss über die Zustimmung zur Beantragung von Fördermitteln im Rahmen dieser Richtlinie
- ☐ Aussagen zur Schulentwicklungsplanung (Auszug aus dem genehmigten Schulentwicklungsplan des Landkreises/der kreisfreien Stadt)
- ☐ Nachweis über den zu leistenden Eigenanteil
- ☐ ggf. Nachweis darüber, dass die beantragende Kommune mit einem Haushaltssicherungskonzept gemäß § 63 Abs. 5 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg arbeitet

- ☐ ggf. Stellungnahme baufachliche Prüfung
- ☐ Bedarfsbegründung, Ausstattungskonzept, Nutzungskonzept
- ☐ ggf. Bauzeitenplan
- ☐ ggf. Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der Bau- bzw. Ausstattungsmaßnahme und Ausführungsart
- ☐ Kostenberechnung, ggf. aufgegliedert in Kostengruppen nach DIN 276

.....		.....
Ort, Datum	(Stempel)	Rechtsverbindliche Unterschrift

10. Ergebnis der Antragsprüfung durch die zuständige bautechnische Dienststelle der Gemeinde

1. Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Pläne, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstigen Unterlagen wird festgestellt, dass die Baumaßnahme den baulichen Anforderungen und hinsichtlich der Planung und Konstruktion den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit - nicht - entspricht. Die baufachliche Stellungnahme wurde beigefügt.

2. Für die Durchführung der Baumaßnahme hat der Antragsteller folgende Gesamtkosten veranschlagt:

..... Euro

3. Aufgrund der Prüfung wird folgender Betrag als angemessen erachtet:

..... Euro

....

Ort/Datum (Dienststelle/Unterschrift)